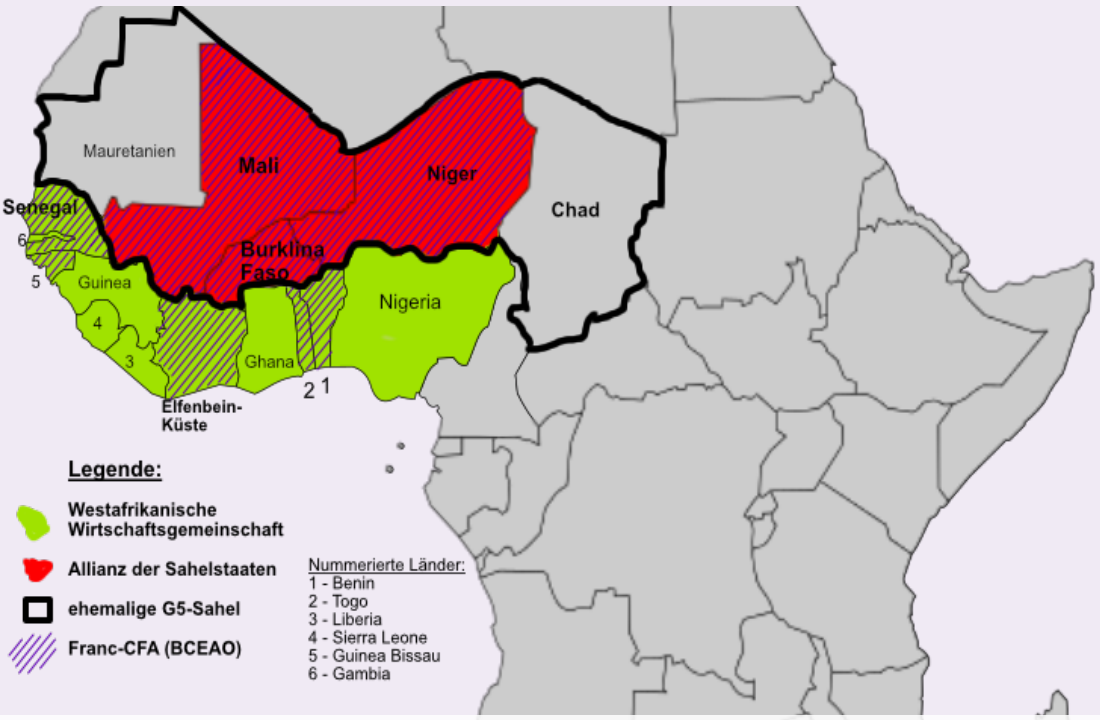
Informationsstelle Militarisierung e.V.

IMI-STUDIE

Nr. 6/2024 - 24.07.2024 - ISSN: 1611-213X



Sahel - Der verlorene Hinterhof

Auch Deutschland ist nun bald ganz aus dem Sahel raus. Profranzösische Statthalter in Tschad und Togo nähern sich Souveränisten an. Diese gründen Konföderation.

von Pablo Flock

Inhalt:

- Niger: Doch kein deutscher Fuß in der Tür
- Auch USA verlieren Sahel
- Neue Konföderation der Sahelstaaten
- Tschad & Togo: Frankreichs Schoßhunde wollen von der Leine
- Diktatorensöhne: Macht im Innern gefestigt, im Äußeren diversifiziert
- Sahelstaaten: Demokratie auf Abstand halten
- Senegal: demokratischer Schwenk weg vom Westen
- CFA-Franc: Frankreichs sterbender Goldesel
- Rohstoffe: nigrisches Uran und burkinisches Gold
- Die russische Zone
- Europas Eindämmungsversuche

Kurz machte die Ende Mai im Spiegel berichtete Ankündigung einer vorläufig verlängerten Stationierung des deutschen Kontingents,[1] welches im Niger das sogenannte Luftdrehkreuz betreibt, glauben, die Deutschen wollten (in Analogie zum französischen Asterix-Comic) mit diesem kleinen Kontingent unbeugsamer, ihre militärische „Unterstützung“ aufdrängender Soldaten gegen die sich ausbreitenden Einflusssphäre des russischen Imperiums aufmucken – natürlich ohne dass dies etwas an der geopolitischen Zeitenwende in der Region geändert hätte. Doch die vom Spiegel scheinbar aufgedeckten Geheimverhandlungen scheinen nach einem Monat schon ins Leere geführt zu haben. Auch die deutschen Kräfte werden das Sahelland zum Ende des verlängerten Stationierungsvertrags Ende August verlassen.

Niger: Doch kein deutscher Fuß in der Tür

Das französische Militär, mit dem die deutschen Kräfte gemeinsam diesen Militärlogistik-Flughafen betrieben, wurde schon kurz nach dem Putsch im Juli 2023 aufgefordert, das Land zu verlassen, und musste dem bis Ende des Jahres Folge leisten. Da auch die im Rahmen der UN-Mission MINUSMA und der EU-Ausbildungsmission EUTM mandatierten deutschen Truppen den Abzug aus dem Nachbarland Mali abgeschlossen haben, war ohnehin fraglich, welchen Nutzen dieser Flughafen für die Europäer überhaupt noch gehabt hätte. Französische Einheiten, die zumindest in der Elfenbeinküste und im Senegal noch statio-

niert sind, würden ihn höchstwahrscheinlich nicht nutzen dürfen und das deutsche Militär hat derweil zumindest offiziell keine weiteren Einsätze in der Region, weshalb die Nutzung als Cold Base, „von der aus mögliche Evakuierungseinsätze in Westafrika organisiert werden könnten“[2], bisher eher Fragen aufwarf und auf den Versuch eines bleibenden Engagements in anderen Ländern eher an der Küste Westafrikas verwies.

Womöglich hätte man den laut Spiegel mit über 120 Millionen Euro der deutschen Steuerzahlenden erbauten Flughafen gar als Dienstleistung für das Regime betrieben, mit dem man sich gut stellen möchte obwohl man es nicht als legitim anerkennt. Oder man hätte die Soldat*innen aus dem gleichen Grund Aufgaben übernehmen lassen, die zuvor von anderen hinauskomplimentierten internationalen Kräften ausgeübt wurden. Da eine Mandatierung zum offensiven Kampf gegen Dschihadisten, wie ihn zuvor die französische Mission Barkhane führte, unwahrscheinlich ist und für Deutschland ein Novum im Sahel gewesen wäre, wäre noch Aufklärung mit Drohnen im Kampf gegen die Dschihadisten und die Ausbildung entweder im Kampf oder in der Migrationsbekämpfung in Frage gekommen, worin innerhalb der europäischen Ausbildungsmissionen EUTM (Militär) und EUCAP (Polizei) auch zuvor deutsche Einheiten aktiv waren. Letzteres auf bilateraler Ebene weiter zu führen, hätte wohl dem größten Interesse Deutschlands im Land entsprochen, da Niger einen Knotenpunkt auf den Migrationswegen aus dem subsaharischen Afrika darstellt.

Ein Vorbild dafür wäre die seit 2018 bestehende und bisher noch weitergeführte bilaterale Militärkooperation zwischen Niger und Italien (Missione bilaterale di supporto nella Repubblica del Niger, MISIN), in deren Rahmen sich wohl noch 65 der ursprünglich 350 Kräfte ebenfalls in besagtem Flughafen aufhalten, die sich der Ausbildung sowohl im Bereich des Kampfes gegen die Dschihadisten als auch der Migrationskontrolle betätigen.[3]

Doch scheinbar wurde die Forderung, das Stationierungsabkommen zu einem „Abkommen zur Sicherheits- und Verteidigungskooperation“[4] auszuweiten, welches die Ausbildung nigrischer Soldaten und Waffenlieferungen beinhalte und von einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“(ebd.) spräche, vom Verteidigungsministerium als unverschämt wahrgenommen. Was Deutschland ggf. neben einem vom Verteidigungsminister Boris Pistorius im Dezember 2023 in Aussicht gestellten Militärkrankenhaus überhaupt bereit gewesen wäre, als Gegenleistung für einen solchen Stützpunkt zu bieten, werden wir wohl nicht mehr erfahren. Auch gerade fehlende Zusagen über die „unkomplizierte Gewährung von Fluggenehmigungen“(ebd.) ohne Einzelanfragen und die Immunität der Soldaten (vor dem nigrischen Gesetz und Strafverfolgungsbehörden) machten den Vorschlag für die selbst auf fremdem Boden scheinbar stets auf die eigene Souveränität bedachten Deutschen inakzeptabel. Somit zieht das deutsche Kontingent, wie die Bundesregierung ausgewählte Abgeordnete am 6. Juli 2024 wissen ließ, bis Ende August ab.

US-Soldaten trainieren nigrische Streitkräfte in einem Ausbildungszentrum mit dem Motto: „Sich bilden um besser dienen zu können“. Foto: CJTF-HOA Public Affairs

Auch USA verlieren Sahel

Bis auf die Italiener ist nun auch im Niger die Loslösung von den westlichen Mächten so weit abgeschlossen: Nachdem dort im September 2023, wie von den Putschisten versprochen und erwartet, die militärische Kooperation mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich aufgekündigt wurde, durften die US-amerikanische Kräfte auf den von ihr erbauten Basen Air Base 101 nahe der Hauptstadt Niamey und Air Base 201 bei Agadez bleiben. Letztere gilt mit über $100 Mio. USD Baukosten als größtes Bauprojekt der US-Airforce und weltweit größte Drohnenbasis. Doch nachdem die Franzosen mittlerweile abgezogen sind, kündigte der Niger am 17. März 2024 nun auch das Kooperationsabkommen mit den USA auf, von dem die Putschisten behaupteten, es sei dem Land „einseitig auferlegt“ worden.[5] Sie hätten eine Abmachung des bilateralen Vertrags gebrochen und sollten ihre Tätigkeit sofort einstellen. Die USA musste sich dem scheinbar beugen und legte einen Plan für den Abzug vor. Bis Mitte September sollen die Reste der 1.100 Sicherheitskräfte umfassenden Stationierung sowie das Material, darunter z.B. Reaper-Drohnen, abgezogen werden.[6] Unter Umständen hat der Versuch von Seiten der USA, dem Niger eine Kooperation mit Russland und Iran auszureden, zu dem Rauswurf geführt, wie das Online-Magazin German-Foreign-Policy sich auf die Zeitung Jeune Afrique berufend berichtete.[7]

Am 3. Mai 2024 zogen dann nach Angaben des US-Militärs ausgerechnet russische Soldaten des neugegründeten Afrika Korps, der dem Verteidigungsministerium unterstehenden Nachfolgeorganisation der Wagner-Gruppe, in einen abgetrennten Bereich der Air Base 101 ein. Diese hätten vor Ort jedoch keinerlei Kontakt mit US-amerikanischen Sicherheitskräften oder ihrem Material und stellten auch keine Bedrohung dar, wie der Staatssekretär für Verteidigung der USA, Lloyd Austin, auf einer Pressekonferenz bekräftigte. Besonders zahlreich werden die russischen Kräfte wohl auch nicht sein. Insgesamt seien 60 russische Militärausbilder seit April im Land, so die Angaben der nigrischen Übergangsregierung gegenüber den Amerikanern, was diese jedoch nicht überprüfen könnten.[8]

Neue Konföderation der Sahelstaaten

Die nigrische Teilnahme im auf Kooperation mit Russland basierenden Sicherheitskonzept der Militärjunten im Sahel war absehbar. Noch während gegenüber Niger die Drohung einer von europäischen Mächten unterstützten Invasion durch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bestand, gründeten die drei Putschistenregierungen im September 2023 die Allianz der Sahelstaaten (frz. Akronym: AES, für Alliance d’États du Sahel) und traten in Folge sowohl aus der ECOWAS als auch der G5-Sahel aus, einer internationalen Organisation, der auch Mauretanien und Tschad angehörten und welche sich daraufhin auflöste.

Die Staatschefs der Allianz planten bald, über ein bloßes militärisches Bündnis, welches die Aufgabe der G5 übernehmen und koordiniert gegen die Islamisten vorgehen würde, hinauszugehen und andere Formen der Integration, so wie eine Zoll- und ggf. eine Währungsunion zu gründen und beschlossen, dass der erste

Schritt eine gemeinsame Entwicklungsbank sein sollte.

Auf dem offiziellen Gipfel der Staatschefs der Allianz der Sahelstaaten am 6. Juli 2024 beschlossen die Militärregenten dann diese Entwicklungsbank und einen Stabilisierungsfonds, welche Projekte in kritischen Bereiche wie Landwirtschaft und Wasserwirtschaft, Energie und Infrastruktur unterstützen sollen.[9] Auch der freie Fluss von Personen und Waren, wie er beispielsweise in der EU und Schengen-Region und eigentlich auch in der ECOWAS herrscht (wenn nicht von der EU gepushte Antimigrationsgesetze dies unterminieren), soll bürokratiefrei möglich werden. Zudem beschlossen die drei Staaten, sich zu einer Konföderation zusammenzuschließen. Eine Konföderation ist ein Staatenbund, in dem die Teile ihre Unabhängigkeit bzw. Eigenständigkeit im Inneren noch wahren, nach Außen hin jedoch gemeinsam auftreten, also eine harmonisierte Außenpolitik betreiben. Der Putschistenführer und Präsident Malis, Assimi Goita, wird nun zuerst für ein Jahr den Vorsitz übernehmen. Wie der jüngste Staatschef der Welt, Captain Ibrahim Traore aus Burkina Faso, bekräftigte, sollten die rund 72 Millionen Menschen aus den drei Ländern sich nun als Bürger der AES und in allen drei Ländern zuhause fühlen.[10]

Nun müssen die drei Staaten noch ihrem Versprechen Folge leisten und die Sicherheit merklich verbessern, die besonders durch Dschihadisten im von allen drei geteilten Grenzgebiet gestört wird, was immer wieder auch zu Gewalt gegen Zivilbevölkerung in Dörfern durch die Regierungen führt.[11]

Doch scheinbar zieht die Sicherheitsarchitektur dieser drei Staaten auch andere an, die eigentlich sehr lange sehr gut von der französischen Patronage lebten.

Tschad & Togo: Frankreichs Schoßhunde wollen von der Leine

Die verfassungswidrige Machtübernahme Mahamat Idriss Débys, des Sohns des über 30 Jahre regierenden Diktators Idriss Déby Itno, im Tschad im Jahr 2021, war eines der Lieblingsbeispiele der Putschisten in Mali, Burkina Faso und Niger dafür, dass es für Frankreich und den Westen gute und böse Putschisten gäbe, je nachdem ob sie ihren Interessen in die Hände spielten oder diesen zuwider liefen. Immerhin waren bei der Beerdigung Déby Itnos, der sich über offenbar manipuliert Wahlen an der Macht hielt und französischen Interessen beispielsweise durch große Mandate innerhalb der G5-Sahel und der Stationierung französischer Kontingente erfüllte und dafür von diesen gegen Rebellen im eigenen Land geschützt wurde, nicht nur der französische Präsident, Emmanuel Macron, sondern auch noch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell anwesend und billigten die Machtübernahme des Sohnes.[12]

Doch auch Déby scheint die veränderte Situation im Sahel zum Umdenken zu bewegen. So ließ er sich im Januar 2024 beim Afrika-Gipfel im Kreml ablichten und intensivierte den Kontakt zu den Staaten der AES, die dem Land am 10. April wohl eine Aufnahme in Aussicht stellten. Die Tageszeitung junge Welt zitierte hier den Fernsehsender Afrique Média, laut dem die AES prognostizierte, dass der Tschad nach den Präsidentschaftswahlen im Mai den »Wechsel zur Unabhängigkeit« geschafft haben würde und die „Souveränität über seine Innen- und Außenpolitik“ wiedererlangt haben werde.[13]

Zudem scheint der Tschad auch seine Militärkooperation mit den USA in Frage zu stellen. Zumindest wurde einer Spezialkräfteeinheit der „Green Berrets“, die in der tschadischen Hauptstadt N’Djamena stationiert waren, die Tätigkeiten verboten, wie ein vom tschadischen Sender Tchad One veröffentlichter Brief vom

Der erste Start einer amerikanischen C-130 Transportmaschine auf der Airbase 201 bei Agadez. Nun müssen die USA das Feld räumen. Foto: Airman Magazin Flickr

Chef der Luftwaffe vom 4. April belegt.[14] Die Amerikaner hätten die Stationierungsverträge, laut denen sie sich an diesem Stützpunkt in der Hauptstadt aufhalten dürften, auch nach dreimaliger Aufforderung nicht aufzeigen können. Die New York Times berichtete daraufhin, dass die 75 Spezialkräfte zum Africom in Stuttgart-Möhringen abgezogen worden seien, dass man aber erwarte, nach der Wahl vom vergangenen 6. Mai neue Verträge aushandeln zu können.[15] Interessant ist nun, ob das französische Militär diese letzte Bastion im Sahel behalten können wird, bzw. dies neben den russischen Kräften überhaupt weiterhin will.

Diesem gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich gerichteten Trend entsprechend, nahmen nun, wie die französische Zeitung *Le Monde* berichtete, auch Soldaten aus dem Tschad und aus Togo an den ersten gemeinsamen taktischen Manövern der Allianz der Sahelstaaten teil, die zwischen dem 26. Mai und 3. Juni im nigrischen Tillia stattfanden. Der antikoloniale Block gab der Übung wahrscheinlich wegen diesem bündnispolitischen Erfolg bzw. als Hieb gegen Frankreich den großspurigen Titel »D‘Envergure«, zu Deutsch: »Von Tragweite«.[16]

Dass neben Tschad, wo die französische Militärkooperation und -präsenz nun neben der russischen bestehen zu bleiben scheint, auch Togo mit den antifanzösischen Sahelstaaten trainiert, dürfte Frankreich ebenso verärgern.

Der togolesische Präsident Faure Gnassingbé wurde, wie Déby, nach dem Tod seines Vaters, Eyadema Gnassingbé, im Jahr 2005 von den Generälen des Landes entgegen der Verfassung als dessen Nachfolger eingesetzt. Kurz danach ließ auch er sich durch Wahlen legitimieren, die jedoch von der Opposition, genauso wie die letzten Wahlen seines Vaters, als gefälscht abgelehnt wurden. Bei der letzten Wiederwahl Gnassingbés Seniors im Jahr 2003, der bei seinem Ableben längstgedienter Regierungschef Afrikas war und Togo nach zwei Putschen (u.a. gegen den ersten gewählten Präsidenten Afrikas, Sylvanus Olympio) fast seit der Unabhängigkeit geführt hatte, bewertete Frankreich diese als „im Ganzen zufriedenstellend“. Dies wohlgemerkt obwohl selbst die EU keine Wahlbeobachter schickte, da schon die Besetzung der Wahlkommission Zweifel an einer freien Wahl weckte, und 500 Menschen bei den Protesten gegen das Ergebnis starben.[17] Auch Fauré Gnassingbé ist also der Abkömmling einer sein Land schon lange im Griff habenden Dynastie, die mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich durchweg eng zusammenarbeitete.

Trotzdem ist die Kooperation mit den Sahelstaaten gar nicht so überraschend, da die Überraschung schon während der Androhung einer Intervention durch die ECOWAS im letzten Jahr

„Faure es reicht!“ Die togolesische Exilcommunity protestierte auch in Europa gegen eine Weiterführung der dynastischen Herrschaft, hier 2017 in Brüssel. Foto: Pascal Van, Wikipedia

(2023) kam. Statt, wie der prowestliche nigerianische Präsident Bola Tinubu und der ivorische Präsident Alassane Ouattara, scharfe Töne gegen die nigrischen Putschisten aufzufahren, wie es viele von den von Frankreich abhängigen Despoten erwartet hätten, boten sich Déby und Gnassingbé beide als Unterhändler an und lehnten militärische Operationen ab, was ein starker Faktor für das Ausbleiben einer Intervention gewesen sein dürfte.

Diktatorensöhne: Macht im Innern gefestigt, im Äußeren diversifiziert

Aussagen von US-Sprechern über die oben beschriebene „Aussetzung“ der Militärkooperation mit Tschad und der Stationierung der Kräfte in N’Djamena wurden zumindest vom lokalen Medien Afriquemedia.tv so interpretiert, dass die USA auf einen Wahlsieg des langjährigen Oppositionellen, vor kurzem aber überraschend als Ministerpräsident eingesetzten Succès Masra gezählt und dessen Wahlkampfteam beraten habe (ohne dies zu belegen).[18]

Dies ist jedoch möglicherweise reine politische Agitation, da ein Erfolg Masras unwahrscheinlich war und dieser laut dem Guardian deshalb auch von manchen lokalen NGOs als vom Regime kooptiert bezeichnet wurde. Wirklich aussichtsreiche Gegenkandidaten hatte Déby zuvor, wie gewohnt, ausgeschaltet. Dazu gehörte nicht nur die gängige Nicht-Zulassung von zehn Präsidentschaftskandidaten,[19] sondern auch das Töten Yaya Dillos, des Chefs der Sozialistische Partei ohne Grenzen (PSF). In dem undurchsichtigen Vorfall während einer Umstellung der Parteizentrale wurden auch der Cousin und der Onkel des nun bestätigten Präsidenten Déby festgenommen.[20]

Wenn die Amerikaner also nicht nur zuversichtliche Mine zum bösen Rauswurf machten, setzten sie vielleicht auch auf ein Umdenken Débys nach der Wahl, der nur aus opportunem Populismus die antiwestliche Karte vor der Wahl gezogen haben könnte. So berichtete beispielsweise der tschadische Sender TchadOne mit Verweis auf interne Quellen aus dem Verteidigungsministerium, dass ein vorteilhafteres Stationierungsabkommen, wohl ähnlich denjenigen mit Dschibuti angestrebt würde.[21] Im Innern konnte Déby seine Macht jedenfalls – wie sein Vater vielmals – mit der, wie gewohnt, äußerst undemokratischen Wahl festigen.[22]

Einen anderen Weg sich an der Macht zu halten fand derweil Faure Gnassingbé: Statt dem gängigen Verfassungsputsch, in dem die eine Amtszeitbegrenzung beispielsweise abgeschafft oder aber auch eingeführt wird, dann aber mit einem Neustart der Zählung, veränderte er die Verfassung und das politische System so, dass der Präsident nun eine hauptsächlich nur repräsentative Rolle (wie in Deutschland) innehat und die eigentliche Macht an den sogenannten Präsidenten des Ministerrats geht. Als Chef der stärksten Partei, die diesen Platz innerhalb des Parlaments in Wahlen kurz darauf halten konnte, nahm er diese Rolle daraufhin direkt ein.[23] Proteste dagegen wurden von vornherein illegalisiert und teilweise gewalttätig aufgelöst.[24]

Sahelstaaten: Demokratie auf Abstand halten

Während von den Söhnen der ehemaligen profranzösischen Diktatoren keine Wendung hin zur Demokratie zu erwarten war, sichern auch ihre neuen Verbündeten, die sich revolutionär gebenden und zumindest in Mali und Burkina Faso aus niedrigeren Offiziersriegen hervorgegangenen Putschisten, ihre Macht gegen aufbegehrende Bevölkerungsteile ab.

So hätte die Übergangsphase der von Kapitän Ibrahim Traoré angeführten Militärjunta in Burkina Faso ursprünglich zum 1. Juli 2024 auslaufen sollen. Traoré erließ jedoch am 25. Mai eine neue Übergangscharta, nach der er, nun nicht mehr als Übergangspräsident sondern Präsident der Republik, für weitere fünf Jahre im Amt bleiben wird und per Dekret regieren kann bis er ein Parlament beruft, welches er zu über einem Viertel selbst ernennt.[25]

Auch in Mali sind Anfang 2024 die angegebenen zwei Jahre Übergangszeit verstrichen, seit der damalige Oberst Assimi Goita im Jahr 2021 gegen seine nach seinem ersten Putsch ein Jahr zuvor eigens eingesetzte Übergangsregierung erneut geputscht hatte. Doch die Wahlen wurden schon im Dezember auf unbestimmte Zeit verschoben und im Mai 2024 empfahl ein „Nationaler Dialog“ aus hauptsächlich Militärs und regimetreuen Gruppen eine Verlängerung der Militärherrschaft und eine Wahlverschiebung bis 2027, zu der eine Kandidatur des Übergangspräsident und Putschistenführer Goita auch zugelassen sein sollte.[26]

Seit April 2024 waren sogar jegliche Partei- oder politische Aktivitäten verboten. Am 20. Juni hatten malische Sicherheitskräfte dann einige Anführer von Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen festgenommen, die mit insgesamt 80 Parteien den sogenannten Aufruf des 31.März für baldige Neuwahlen unterzeichnet hatten. Von den elf Festgenommenen wurde einer, ein ehemaliger Minister, wieder frei gelassen, während die anderen bis heute in Untersuchungshaft sitzen und der Verschwörung gegen die Regierung und der Unterminierung der öffentlichen Ordnung angeklagt sind, wie Human Rights Watch in einem offenen, die Freilassung fordernden Brief schreibt.[27] Das Verbot der politischen und Parteiaktivitäten wurde am 11. Juli 2024 wieder aufgehoben[28] – nachdem das Militär sich die Macht für weitere Jahre gesichert hat.

Senegal: demokratischer Schwenk weg vom Westen

Im Gegensatz zu den seit der Unabhängigkeit durch Putsche und Diktaturen geprägten Sahelstaaten konnte der Senegal seinen Ruf als Bastion der Demokratie erneut verteidigen – und trotzdem die geopolitische Wende der Nachbarn teilweise mit vollziehen.

Der ehemalige Steuerfahnder Ousmane Sonko, der seinen Posten im Staatsdienst 2016 nach Anschuldigungen gegen Präsident Macky Sall und dessen Clique verlor, legte ab seiner Wahl zum Abgeordneten im Jahr 2017 eine steile Politikerkarriere hin und konnte die jungen Massen für seinen antikolonialen Kurs für mehr wirtschaftliche und politische Loslösung von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gewinnen. Nachdem er bei der

Präsidentschaftswahl 2019 drittplatzierter wurde und sich steigende Zustimmung abzeichnete, wurde er im Jahr 2022 mit einer Vergewaltigungsklage und höchstwahrscheinlichen Schmutzkampagne überzogen, an deren Ende er nur wegen der Verführung Minderjähriger und die reumütige (während des Vorfalls über 18 Jahre alte) Anklägerin zur Anstiftung verurteilt wurde. Da das Vergehen somit von einer Straftat zur Ordnungswidrigkeit abgemildert war, war Sonko kurz wieder als Kandidat zugelassen. Als die Revision einer Diffamierungsklage, mit der sich Tourismusminister Mame Mbaye Niang gegen Sonkos Vorwurf der Veruntreuung wehrte, die Bewährungsstrafe dafür bestätigte, kostete dies Sonko letztendlich die Kandidatur.[29]

Jedoch konnte der alternative Präsidentschaftskandidat und ebenfalls Mitbegründer von Sonkos in der Zeit jedoch verbotenen Partei PASTEF, Bassirou Diomaye Faye, trotz allerlei Intrigen wie dem Versuch, die Wahl aufzuschieben, und Lawfare (politisch motivierten Klagen inklusive U-Haft) auch gegen ihn, die Wahl schon im ersten Wahlgang klar für sich entscheiden. Dass ein Oppositionskandidat in der ersten Runde gewinnt ist ein Novum in der senegalesischen Geschichte. Die Jugend Senegals hat sich gegen die alten Eliten entschieden und damit auch gegen die traditionell enge Anbindung an Frankreich und den Westen. Faye begnadigte Sonko dann, holte ihn aus dem Gefängnis und machte ihn zum Premierminister. Die beiden neuen jungen Regenten kündigten an, beispielsweise Bergbau- und Kohlenwasserstoff-Lizenzen (z.B. für die Gasfelder vor Senegals Küste) sowie internationale Fischfanglizenzen überprüfen und ggf. neu aushandeln zu wollen.[30] Durch den industriellen Fischfang vor Senegals Küste sind die Bestände schon seit Jahren so dezimiert, dass viele der traditionell vom Fischfang lebenden Küstenbewohner dieses Handwerk aufgeben mussten – was zudem ein essentieller Treiber für die Migration nach Europa und deren Beihilfe („Schleusertum“) ist. Zudem wollen die beiden praktizieren, was sie lange Jahre predigten, und den noch im Einsatz befindlichen, an den Euro gekoppelten CFA-Franc gegen eine eigene Währung ersetzen. Jedoch möchte die neue Regierung des Senegals die Beziehungen zu Europa nicht völlig kappen, sondern gemeinsam „eine neu durchdachte, erneuerte Partnerschaft“ aufstellen.[31]

Diese Ähnlichkeit in der politischen Ausrichtung zu den Putschistenregierungen der Sahelkonföderation bedenkend, überrascht es nicht, dass Faye auf dem letzten Gipfel der ECOWAS beauftragt wurde, Verhandlungen mit den abtrünnigen AES-Staaten aufzunehmen, um diese zurück ins Bündnis zu holen. Als jüngster Staatschef des Bündnisses ist er auch vom Alter her näher an den Putschisten. Mit für diese Aufgabe abgestellt wurde übrigens Togos Präsident („des Ministerrats“) Gnassingbé.[32]

CFA-Franc: Frankreichs sterbender Goldesel

Jedoch bleibt es fraglich, ob die beiden die Sahelstaaten zurück in die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft holen können wird. Diese bekräftigten auf ihrem ersten Gipfel parallel zum ECOWAS-Treffen ihren Austritt und ihre Ablehnung gegenüber des „durch äußere Interessen und Mächte geleiteten“ Bündnisses. Auch denkbar wäre, dass der Senegal ggf. zusammen mit Togo das Bündnis ebenfalls verlässt und sich der Allianz der Sahelstaaten anschließt. Scheinbar müsste sich das Bündnis schon sehr wandeln, damit es wieder attraktiv würde für die Aussteiger. Dabei propagieren diese mit ihrer Abkehr vom westafrikanischen Franc eigentlich das Mittel für eine stärkere Integration: die monetäre Union. Denn bisher verwenden die nicht durch Frankreich sondern England kolonialisieren Länder des Blocks,

Proteste gegen Sonkos Amklage im März 2021. Dieser weigerte sich erst zu dem von ihm schon damals als politisch motiviert dargestellten Prozess zu gehen und rief zu Protesten auf. Foto: ancorafischiailvento.org

die wirtschaftlich vorne stehenden Länder Nigeria und Ghana, aber auch Liberia, Sierra Leone und das damals mit Frankreich gebrochen habende Guinea natürlich nicht die ehemalige französische Währung. Sollte der Togo weiterhin Annäherung mit den Nachbarn über die engen Beziehungen zur einstigen Garantiemacht Frankreich bevorzugen, blieben nur noch Benin und die Elfenbeinküste zu überzeugen – wo es natürlich auch schon Bewegungen gibt, die eine Loslösung vom CFA-Franc fordern. Im Moment scheint das Ende der Kolonialwährung eine zum greifen nahe historische Möglichkeit…

Für Frankreich steht dabei viel auf dem Spiel. Bei der Entlassung in die formelle Unabhängigkeit konnte Frankreich, auch durch das Statuieren eines Exempels am Aussteiger Guinea, zumindest die meisten subsaharischen Kolonien überzeugen, in der an den Franc gekoppelten Währung zu bleiben, die mittlerweile an den Euro gekoppelt ist. Über die verpflichtende Einlage von 50% der Staatseinlagen der Länder in der französischen Zentralbank (eine Regelung, die Macron 2020 ankündigte, aufzuheben) macht diese jährlich Abermillionen durch Geldgeschäfte und die Planbarkeit, die der feste Wechselkurs gibt, macht das Afrikageschäft französischer und nun europäischer Unternehmen leichter, sicherer und billiger. Jedoch warnen regionale und internationale Kritiker schon lange, die Währung würde das wirtschaftliche Wachstum der Länder behindern, da sie keine eigene, an ihre Bedürfnisse angepasste Währungspolitik machen können, und die Kapitalflucht lokaler Eliten begünstige.[33]

Rohstoffe: nigrisches Uran und burkinisches Gold

Zudem würde die französische Wirtschaft auch durch das Wegfallen der bevorzugten Behandlung bei lukrativen Rüstungsbeschaffungen und bei Konzessionen für den Abbau von Bodenschätzen leiden, wenn nun die alten Eliten, mit denen man Jahrzehnte verbandelt war, abgelöst werden (oder die Loyalität entsagen). Zwar können französische Firmen nicht so leicht enteignet und rausgeschmissen werden, wie sich das manche Menschen in Westafrika wahrscheinlich wünschen, da sonst Sanktionen der internationalen „Gemeinschaft“ drohen, die die Länder ggf. noch härter treffen würden. Doch wie solche Wechsel sukzessive ablaufen, kann gerade schon gesehen werden, und zwar gerade am für Frankreich ggf. kritischsten Rohstoff: dem nigrischen Uran, welches die Atommacht Frankreich dort bisher exklusiv abbauen konnte.

Nach dem Auslaufen der Verträge wurde dem französischen

Nuklearkonzern Orano (vormals Areva), welcher zu 90% im Besitz des französischen Staats ist, die Lizenz für die Imouraren Mine entzogen, welche als eine der weltweit größten Lagerstätten von Uran gilt. Wegen dem niedrigen Preis auf dem Weltmarkt hatte die Firma in der letzten Dekade von einer Entwicklung der Mine abgesehen.[34] Nun liegen die Preise für dieses gelbe Erz der Atomenergie so hoch wie seit 2007 nicht mehr. Doch die Junta zieht wohl jede Firma den Franzosen vor. Diese betreiben zwar noch ihre schon entwickelte Mine in Arlit, doch auch diese Verträge werden eines Tages auslaufen…

Derweil biedern sich alternative Partner an, die die Uranlagerstätten gerne entwickeln würden, besonders aus zwei Ländern, mit denen Niger die Beziehungen seit dem Putsch intensiviert hat: Russland und Iran. Das dem Pentagon nahestehende Institute for the Study of War (ISW) berichtete, dass US-amerikanische Repräsentanten den nigrischen Kollegen schon im März 2024 während Verhandlungen über eine nigrisch-iranische Energiekooperation vorwarfen, dem Iran Uran zu verkaufen, was jedoch wegen der limitierten iranischen Verarbeitungskapazitäten auch dem ISW unwahrscheinlich erschien.[35] Solche Fähigkeiten hätte jedoch wohl der ebenfalls staatliche, russische Konzern Rosatom. Dieser meldete auch schon Interessen an der Lagerstätte an.[36]

Auch in Mali vermeldet das ISW eine vermehrte Zusammenarbeit mit russischen Minenfirmen. Einerseits öffnen Rückeroberungen, zum Teil mithilfe der Wagner-Gruppe, von bisher von Tuareg-Rebellen oder Islamisten kontrollierten Gebieten neue Möglichkeiten, bisher nicht oder nur dezentral durch Handarbeit abgebaute Reserven industriell zu erschließen. In den Gebieten im wüstigen Norden des Landes gibt es besonders Gold, aber auch Uran. Jedoch zeigt der Deal mit australischen, britischen und chinesischen Firmen, die dieses Jahr zwei gemeinsam betriebene Lithiumminen in die Produktion schicken wollen, dass auch Mali bereit ist, mit allen zu kooperieren, die bereit sind zur Entwicklung des Landes und der Wirtschaft beizutragen.

In Burkina Faso, dem ärmsten und am meisten durch Dschihadismus geplagten der drei Länder, wurde, wie Malijet berichtete, nun kürzlich beschlossen, dass Länder, die sich weigern der burkinischen Regierung Rüstungsgüter zu verkaufen oder solche Lieferungen blockierten, ihre Abbaulizenzen suspendiert bekämen.[37] Im November 2023 hatte die Regierung zudem ihre erste Goldraffinerie gegründet, die dieses Jahr mit der Produktion beginnen sollte,[38] und muss demnach nicht mehr wie die meisten afrikanischen Länder nur das Roherz exportieren. Mali unterschrieb kürzlich ebenfalls einen Deal mit Russland, eine solche Raffinerie aufzubauen.

Die russische Zone

Als hofierter und privilegierter Partner hat nun besonders Russland die Möglichkeit, an den Bodenschätzen der Region mitzuverdienen und die Länder in seine geopolitische Strategie mit einzubinden, wie im Westen schon allseits lamentiert wird.

Zwar fehlt Russland noch die Breite des Einflusses, wie Frankreich ihn hatte, dessen Militär sich durch die Verträge der G5-Sahel frei im Gebiet der heutigen Konföderation der Sahelstaaten und durch seit der Entkolonialisierung bestehende Verträge auch durch den Tschad und den Senegal bewegen konnte, ebenso wie in manchen der südlichen Küstenländer, z.B. der Elfenbeinküste. Auch die 5.000 Soldat*innen, die Frankreich durch die Mission Barkhane alleine in den G5-Staaten stationiert hatte, wird Russland wohl nicht so schnell aufbringen können – obwohl das ISW mit Bezug auf die LeMonde von 1.000-2.000 Söldnern des Afrikakorps in Mali spricht. Zudem hat Frankreich ähnlich enge

In Burkina Faso wird Gold vielerorts noch von Hand geschürft.
Photo: Olivier Girard, CIFOR

Beziehungen und Privilegien, wie es in Westafrika hatte, auch in Zentralafrika. Diese Region, zu der neben Kamerun, Republik Kongo und anderen auch der Tschad gehört, benutzt ebenfalls noch immer die koloniale Währung Zentralafrikanischer Franc und die mit Frankreich verbandelten Langzeitherrscher sitzen noch recht fest im Sattel. Die Putschisten des einzigen Putsches in dieser Gegend in letzter Zeit, in Gabun, wollten sich wieder enger an Frankreich binden. Nur in der Zentralafrikanischen Republik konnte Russland durch das Entsenden von Söldnern Frankreich den Platz als Garantiemacht streitig machen – und vielleicht bald im Tschad.

Könnte Russland Frankreich im Tschad und im Senegal jedoch ersetzen, hätte es einen Aktivitätsradius, der sich quer über den Kontinent vom Atlantik bis zum Roten Meer zieht, da es im Moment sogar beide Parteien im sudanesischen Bürgerkrieg unterstützt. Auch für die Kooperation und den Nachschub für den mit Russland verbundenen Warlord im libyschen Bürgerkrieg, Khalifa Haftar, ist die Kontrolle der benachbarten Sahelzone praktisch.

Europas Eindämmungsversuche

Nachdem die europäischen Regierungen, wie Denis M. Tull in einer Studie der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik schreibt, im Sahel „keine Hebel, um Regimewechsel zu beschleunigen oder den russischen Einfluss zurückzudrängen“ hätten, und deshalb dort alles unterlassen sollten „was Regimestabilität fördern könnte“ wird wohl auch das entwicklungspolitische Engagement zurückgeschraubt.[39]

Stattdessen möchte man sich auf die Ertüchtigung der südlichen Küstenstaaten Westafrikas konzentrieren. Schon im letzten Jahr hat man dafür die Hände nach Elfenbeinküste, Benin, Ghana und Togo ausgestreckt und Pläne für die Ausbildung von Sicherheitskräften gemacht.[40] Auch die USA werden nun eine Drohnenbasis in Odienne in der Elfenbeinküste aufbauen, wie aus berichten der LeMonde hervorgeht. Nach Berechnungen des ISW liegt das Epizentrum der Dschihadistischen Aktivität im Dreiländereck zwischen Mali, Burkina Faso und Niger zwar innerhalb des für Reaper-Drohnen fliegbaren Radiusses – interessant wäre jedoch auch die Reaktion der AES, wenn die USA keine Genehmigung vor Überflügen einholen. Doch auch in der Elfenbeinküste konnte die antikoloniale Bewegung nur durch einen Regime Change im Jahr 2011 und anhaltende Repression seit dem unten gehalten werden und auch in Togo und Benin brodelt diese immer wieder auf. Es scheint, als müsste der Westen sich vorerst mit einer Beschneidung seiner Einflusszone abfinden und Angebote machen, um nicht noch mehr zu verlieren.

Anmerkungen:

1 Gebauer, Matthias und Marina Kormbaki: Pistorius lässt Geheimverhandlungen mit den Putschisten in Niger führen. spiegel.de 28.5.2024
2 Gebauer, Matthias und Marina Kormbaki: Bundeswehr zieht aus Niger ab. spiegel.de 6.7.2024
3 Niger: quanti sono e cosa fanno i militari italiani impiegati nella missione Misin. agenzianova.com 27.07.2023.
4 Gebauer, Matthias und Marina Kormbaki: Pistorius lässt Geheimverhandlungen mit den Putschisten in Niger führen. spiegel.de 28.5.2024
5 Der nächste Hinauswurf aus dem Sahel. German-Foreign-Policy, auch auf: pressenza.com 20.3.2024
6 Liebermann, Oren und AnneClaire Stapleton: US reaches agreement with Niger to withdraw military forces by September 15. CNN msn.com 20.5.2024
7 Die deutsche Cold Base in Niger. german-foreign-policy.com 31.5.2024
8 Stewart, Phil und Idrees Ali: Russian troops enter base housing US military in Niger, US official says. reuters.com 3.5.2024
9 L'AES annonce la mise en place d'une banque d'investissement et d'un fonds de stabilisation. financialafrik.com 7.7.2024
10 Millar, Paul: Mali, Niger, Burkina Faso: How a triumvirate of military leaders are redrawing West Africa's map. france24.com 12.7.2024
11 Burkina Faso: Army Massacres 223 Villagers. hrw.org 25.4.2024
12 IMI-Analyse 2021/20: Tschads Langzeit-Herrscher stirbt, Sohn übernimmt, Frankreich billigt 29.4.2021
13 Tiedjen, Jörg: Mali erlässt Politikverbot jungewelt.de 12.4.2024; sowie Drissa Keïta: Les trois pays de l'Alliance du Sahel donnent le feu vert au Tchad pour rejoindre l'alliance. maliweb.net 6.4.2024
14 Erstes Bild des Posts von @TchadOne auf x.com 9.4.2024
15 Schmitt, Eric: U.S. to Withdraw Troops From Chad, Dealing Another Blow to Africa Policy. nytimes.com 25.4.2024
16 Flock, Pablo: Allianz »von Tragweite«. jungewelt.de 3.6.2024
17 Vergleiche, ebenfalls vom Autor: IMI-Studie 2020/08: Selektive Empörung. Die Positionen Frankreichs, der ECOWAS und der EU bei strittigen Wahlen, Aufständen und Putschen in Westafrika. 9.12.2020, Kapitel zu Togo S. 16
18 Tchad: Mahamat Idriss Déby se tourne vers la russe. Afriquemedia.tv 2.5.2024

Ein Petitionsstand senegalesischer Studierender gegen eine Militärintervention in der Elfenbeinküste auf dem World Social Forum 2011. Letztendlich beseitigten Rebellen zusammen mit französischen und UN-Soldaten den antikolonialen Präsidenten Laurent Gbagbo und übergaben die Macht an Alassane Ouattara.
Foto: Michael Fleshman

19 Egbejule, Eromo: Opposition cies foul over ‚dynastic dictatorship' as Chad goes to polls. theguardian.com 6.5.2024
20 Vegleiche IMI-Aktuell 2024/195: Tschad: Familienfehde vor Wahl. 11.3.2024
21 TchadOne auf x.com 19.4.2024
22 Ramadane, Mahamat, Desire Danga Essigue und Portia Crowe: Chad vote counting begins after tense first Sahel presidential poll since coups. reuters.com 6.5.2024
23 Togo ruling party wins legislative vote in bosst for Gnassingbe. standardmedia.co.ke 5.5.2024
24 Negoce, Nicolas: Togo constitution: Opposition says changes are presidential ‚power grab'. bbc.com 16.4.2024
25 Johnson, Dominic: Neue „Übergangscharta" in Burkina FasoMilitär bis 2029 an der Macht. taz.de 26.5.2024; die neue Übergangscharta kann hier auf Französisch eingesehen werden: Burkina Faso: Voici la charte modifiée et adoptée ce 25 mai 2024 lefaso.net 26.5.2924
26 Mali national dialogue recommends junta rule extension. africanews.com 11.5.2024
27 Allegrozzi, Ilaria: Mali's Junta Renews Assault on Political Opposition. hrw.org 25.6.2024
28 Mali junta re-authorizes political activities suspended in April. lemonde.fr 11.7.2024
29 Senegal's Ousmane Sonko given two-month suspended term for libel. aljazeera.com 30.3.2023; sowie: Wycliffe Muia: Ousmane Sonko: Senegal courts hit opposition leader's presidential hopes. bbc.com 6.1.2024
30 Hammerschlag: Annika: 'We are finally free': Senegal hails new anti-establishment president. theguardian.com 24.3.2024
31 Bassirou Diomaye Faye plaide pour un partenariat «repensé» avec l'Europe. jeuneafrique.com 23.4.2024
32 Asadu, Chinedu: Senegal's leader wasn't born when ECOWAS was founded. He's asked to reunite the bloc split by coups. apnews.com 8.7.2024
33 Einer der wohl bekanntesten westafrikanischen Wissenschaftler die sich gegen den Franc-CFA positionieren ist Ndongo Samba Sylla von der Rosa Luxemburg Stiftung, dessen Argumente z.B. in seinem Blogeintrag auf der Seite der London School of Economics nachzulesen sind: The CFA Franc: French Monetary Imperialism in Africa. blogs.lse.ac.uk 12.7.2017
34 Bensimon, Cyril, Morgane Le Cam und Adrien Pécout: Niger's junta evicts French multinational Orano from one of its largest uranium deposits, lemonde.fr 22.6.2024
35 Karr, Liam und Metthew Gianitsos: Africa File, April 4, 2024: Mali and Russia Explore Mali's Mineral Wealth; Niger Plays the Field; the Kremlin's Red Sea Ambitions in Eritrea. understandingwar.org 4.4.2024
36 Russia Is Said to Seek French-Held Uranium Assets in Niger. bloomberg.com 3.6.2024
37 Burkina/mines: l'Etat va retirer des permis aux pays qui refusent de lui vendre du matériel militaire, (président). malijet.com 12.7.2024
38 Burkina Faso to launch its first gold refinery by the end of 2024. ecofinagency.com 24.11.2023
39 Schölzel, Arnold: Zwickmühle. Deutsches Interesse an Afrika. jungewelt.de 16.7.2024
40 EU Security and Defence Initiative in Support of West African Countries of the Gulf of Guinea. eeas.europa.eu 24.1.2024

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornstedten in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militariserungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.